

Länderbericht Ruanda

Wirtschaftliche Entwicklung:

Der ambitionierte Wirtschaftsplan, die ruandische Hauptstadt Kigali zur internationalen Kongress- und Handelsstadt Zentralafrikas aufzubauen, wird weiterhin verfolgt. Die meisten Investitionen fließen in den Bausektor. Im Zentrum schreitet der Bau von Hotels und Büroanlagen voran und auch im Speckgürtel von Kigali entstehen prächtige Neubauten. Als Rahmen für die umfassende Modernisierung Kigalis im Sinne der Vision 2020 gaben das Infrastrukturministerium und die Stadt Kigali im Jahr 2005 einen strategischen Stadtentwicklungsplan in Auftrag, den „Kigali Conceptual Master Plan“ (KCMP), der zwischen 2005 und 2007 vom US-Amerikanischen Architekturbüro „OZ- Architecture“ erstellt und von der Stadtverwaltung im Juni 2008 verabschiedet wurde. Wie in den vergangenen Jahren geht dieser Investitionsboom mit dem Abriss und der Umsiedlung ärmerer Viertel und einfacher Hüttenansiedlungen einher. Enteignungen geschehen nach wie vor, Kompensationszahlung verlaufen schleppend und die mehrheitlich wirtschaftlich ärmere Bevölkerung wird großenteils in die Peripherie gedrängt. Im Gegenzug entstehen neue Wohnsiedlungen, die aufgrund der hohen Preise für einen großen Teil der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich sind. Angesichts der Konzentration von Investitionen in die Hauptstadt bei einer nicht gleichen Entwicklung anderer Regionen nimmt das Stadt-Landgefälle zu und wird von vielen aus der Bevölkerung als ungerecht beurteilt.

Neben dem neu renovierten Internationalen Flughafen in Kigali ist mit dem Projekt „New Bugesera International Airport“ (NBIA), 28 km von der Hauptstadt entfernt, ein zweiter größerer Flughafen in Planung. Dieser soll als internationalen Drehpunkt des zentralafrikanischen Flugverkehrs fungieren und verstärkt burundische Kunden ansprechen. Dieses ambitionierte Vorhaben ist ebenso wie der explosionsartige Bau von Hotelanlagen im Zentrum Kigalis aufgrund einer bislang nicht ausreichend vorhandenen Nachfrage und geringer Auslastung fraglich und birgt die Gefahr einer Spekulationsblase.

Disparitäten bestehen zudem zwischen der wirtschaftlich sehr armen Region im Süden des Landes und den Gebieten im Nord-Westen, die über fruchtbareren Boden und verbesserten Zugang zur Infrastruktur verfügen. Der zunehmende Bevölkerungsdruck und die seit April ankommenden Flüchtlinge aus Burundi tragen zu dieser Wahrnehmung bei. Bis Mitte Juli zählt Ruanda über 35.000 burundische Flüchtlinge im Land.

Fortschritte sind u.a. im Gesundheitssektor zu verzeichnen. Aufgrund der flächendeckenden Implementierung einer gemeindebasierten Pflichtkrankenkasse sinkt die Sterberate. Ein

weitläufiges System von Gesundheitszentren im gesamten Land sorgt für die Behandlungen von Krankheiten und bietet Geburtshilfen an.

Problematisch ist die hohe Arbeitslosenrate. Die offiziellen Stellen sprechen von 5 %, andere Quellen geben über 50 % arbeitslose Personen an. Betroffen von der Arbeitslosigkeit sind vor allem gut ausgebildete junge Erwachsene. Ein Mangel an Arbeitsplätzen in der weiterverarbeitenden Industrie, im Dienstleistungs- und Handelsgewerbe stellt sowohl die soziale wie auch wirtschaftliche Entwicklung vor große Herausforderungen. Weiterhin sind rund 90% der Ruander in der Landwirtschaft tätig, wobei die wachsenden Bevölkerungszahlen die Landknappheit noch verstärken. Der Tourismus bietet nur bedingt eine Entwicklungsmöglichkeit, da das Land über nur wenige Sehenswürdigkeiten verfügt und landesweit bislang nicht ausreichend infrastrukturell ausgestattet ist.

Innenpolitische Entwicklung

Die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2017 laufen bereits an. Unterstützer des Präsidenten haben über mehrere Wochen Unterschriftenlisten, mit der Bitte an den Präsidenten ein drittes Mal zu kandidieren, verteilt. Bis Mitte Juli haben 3,7 Millionen der rund 12 Millionen Einwohner des Landes unterschrieben. Ein immenser Erfolg angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahren ist. Allerdings gab es die Möglichkeit mehrfach zu unterschreiben: Während einer Dorfveranstaltung, bei einem Treffen der Kooperative, in den Kirchen etc. Stimmen wurden zudem laut, dass sich besonders auf lokaler Ebene die wenigsten trauen würden, ihre Unterschrift zu verweigern. Zu groß sind der Druck der Gemeinschaft und der Machteinfluss der lokalen Autoritäten. Die Gefahr bei einer Verweigerung der Unterschrift, stigmatisiert und ausgeschlossen zu werden, ist dementsprechend hoch.

Diese Umfrage dient dazu, ein Stimmungsbild der Gesellschaft zur Frage eines möglichen dritten Mandats des Präsidenten Paul Kagame zu erstellen. Ebenso wie in den Nachbarländern ist laut Artikel 101 der ruandischen Verfassung das Präsidentschaftsmandat auf zwei Legislaturperioden beschränkt. Wie für seine Amtskollegen aus den Anrainerstaaten bedeutet dies für Präsident Kagame, sein Amt nieder zu legen und den Weg für andere Kandidaten frei zu machen. Bereits seit mehreren Monaten verhält sich Kagame zu dieser Frage ungewiss. Er stellte fest, dass darüber das Volk entscheiden solle und der Wille des Volkes über der Verfassung stehe.

Die Strategie der Regierung ist raffiniert. Sollen die Unterschriftenlisten lediglich dazu dienen, ein Stimmungsbild zu präsentieren, leitet es gleichzeitig die ersten rechtlichen Schritte für eine Verfassungsänderung „im Namen des Volkes“ ein. Diese schreiben einen Parlamentsentscheid mit einer $\frac{3}{4}$ Mehrheit sowie ein anschließendes Referendum vor. Am 16. Juli 2015 stimmte das ruandische Parlament mehrheitlich für eine mögliche Verfassungsänderung. Das Referendum wird vorbereitet. Von juristischer Feinheit ist allerdings genauso wie in der DR Kongo die Frage, ob es rechtlich erlaubt ist, den Artikel 101 der Verfassung, wel-

cher die der Mandatsbeschränkung festlegt, zu ändern, da es sich dabei um einen geschlossenen Artikel handelt, der auch bei einer Verfassungsänderung geschützt ist.

Gleichzeitig arbeiten die ruandischen Medien seit Monaten auf einen Machterhalt hin und torpedieren das öffentliche Meinungsbild mit einem ganz deutlichen Votum für den Präsidenten. Dahingegen sind kritische Stimmen kaum zu hören. Lediglich die seit dem Jahr 2013 anerkannte Oppositionspartei Democratic Green Party hat am 3. Juni dieses Jahres vor dem Obersten Gerichtshof in Kigali eine Klage gegen eine Verfassungsänderung mit dem Ziel der Mandatsänderung eingelegt. Bislang ist es der Democratic Green Party nicht gelungen, einen Anwalt für ihre Klage zu finden. Fünf Anfragen wurden bereits abgelehnt.

Der Präsident verharnt in einer starken Position, da er kaum mit einer ernsthaften Konkurrenz aus seiner eigenen Partei Rwandan Patriotic Front (RPF) rechnen muss. Kritiker aus der RPF sowie mögliche Herausforderer wurden aus ihren Ämtern entlassen. Diese Entlassungen, oftmals einhergehend mit Festnahmen und juristischen Prozessen, sind einerseits ein Indikator für die andauernden internen Konflikte und Spaltungen innerhalb der Partei und andererseits ein Beleg für die eiserne Hand des Präsidenten, jegliche Kritik von sich zu wenden und unbeliebte Parteimitglieder zu entmachten.

Präsident Kagame wird national wie international von vielen als einziger Garant für Stabilität, Frieden und Entwicklung angesehen. Allerdings sind unabhängige Institutionen, politische Freiheiten und starke Strukturen für die Entwicklung eines Landes auf Dauer wichtig, ein „Personenkult“ ist dagegen kontraproduktiv. Das Fehlen von unabhängigen Staatsstrukturen und demokratischen Freiheiten ist auf lange Sicht für sowohl die politische als auch wirtschaftliche Stabilität gefährlich.

Menschenrechtssituation

Fortschritte macht Ruanda im Bereich der Einhaltung von Kinderrechten und der Rechtsprechung für LGBTI-Personen. So ist Homosexualität keine Straftat mehr und entsprechende Artikel, welche Homosexualität kriminalisieren, wurden aus dem Gesetz gestrichen. Gleichzeitig wird zögerlich mit einer gesellschaftlichen Sensibilisierung bezüglich der Thematik begonnen. Allerdings sind die Vorbehalte gegenüber Homosexualität immer noch sehr hoch und LGBTI-Personen fühlen sich gesellschaftlich stigmatisiert.

Nach den bekannt gewordenen Fällen von verschwundenen Personen im Jahr 2014, gab es auch 2015 mehrere Fälle von Verschwundenen, vor allem in den ländlichen Gebieten. Oftmals gibt es dazu keine Untersuchungen. Seit Juni 2014 ist u.a. der Sekretär der Democratic Green Party, Jean-Damascène Munyeshyaka, als vermisst gemeldet. Untersuchungen zu seinem Fall haben bislang keine Ergebnisse erzielt.

Die Regierung übt eine starke Kontrolle und Zensur aus. Wer die so genannten drei roten Linien: die Kritik an der Person des Präsidenten, die Grundlagen der politischen Ordnung und die geschichtliche Narrative überschreitet, muss mit Repressalien rechnen. Den Betroffenen

drohen aufgrund der Anklage wegen „Extremismus“ und „Terrorverdachts“ hohe Haftstrafen und der Verlust der sozialen und wirtschaftlichen Lebensgrundlage.

Pressefreiheit

Die „Rwanda Media Commission“ (RMC) wurde im Jahr 2013 als staatlich unabhängiges Selbstregulierungsgremium installiert. Es ist bevollmächtigt, Journalisten zu akkreditieren und den Inhalt der Medien nach einem Verhaltenskodex zu regulieren. Damit sollte die Medienlandschaft unabhängiger gestaltet werden. Den Vorsitz übernahm Fred Muvunyi. Nach der Ausstrahlung der umstrittenen BBC TV-Dokumentation „Rwanda’s Untold Story“ suspendierte die staatliche Behörde „Rwanda Utilities Regulatory Authority“ (RURA) am 25. Oktober 2014 den Radiosender BBC Kinyarwanda und geriet in Konflikt mit der RMC. Dieser Konflikt erreichte seinen Höhepunkt im Mai 2015. Fred Muvunyi hatte wiederholt die Suspendierung und das Eingreifen der RURA kritisiert und wurde aufgrund seines Behauptens auf Unabhängigkeit der RMC seines Postens enthoben und floh ins Ausland. Kritisiert wurde auch, dass der Radiosender in keinerlei Verbindung mit der TV-Station steht. Wiederholt kommt Kritik an der tatsächlichen Unabhängigkeit der RMC auf, besonders nach der Entlassung seines kritischeren Direktors. Der staatliche Dachverband „Rwandan Governance Board“ untersagte der RMC im April 2015 die Veröffentlichung eines Berichts zur Situation der Medien in Ruanda.

Am 29. Mai 2015 entschied RURA die endgültige Schließung der kinyarwandasprachigen BBC-Radiostation. Besonders hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen ist die endgültige Schließung des Senders problematisch, da es nun keine unabhängige Medienerstattung im Land mehr gibt. Am 29. März 2015 schloss bereits die Deutsche Welle ihre letzte Sendeanlage, die in Kigali stationiert und für die Afrikaverbreitung der Sendungen auf Deutsch und in Fremdsprachen auf der Kurzwellenfrequenz zuständig war.

Selbstzensur ist in Ruanda vor allem unter den Journalisten weit verbreitet. Berichten diese über sensible Themen, kann dies nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz gefährden.

Gesine Ames